

Beschluss:

**Frühe Hilfen für Eltern ausbauen –
Kindervernachlässigung vorbeugen**

Immer wieder berichten die Medien über Kinder, die in erschreckender Weise von ihren Eltern vernachlässigt oder misshandelt werden. Folgt man dieser Berichterstattung, so entsteht der Eindruck, die Zahl der betroffenen Kinder nehme drastisch zu. Das ist jedoch nicht so – die Fallzahlen sind seit Jahren nahezu konstant.

Die Sensibilität für das Thema ist in den letzten Jahren stark gewachsen und so werden deutlich mehr Fälle öffentlich bekannt. Jedes einzelne misshandelte Kind ist eines zu viel.

Wir fordern: Schluss mit Ankündigungen und Schuldzuweisungen! Der Gesetzgeber ist in konkreter Verantwortung. Wenn der Vernachlässigung, Misshandlung und dem Mord an kleinen Kindern wirkungsvoll vorgebeugt werden sollen, braucht es mehr als die kurzfristige Empörung über das Schicksal zerstörter Familien oder toter Kinder. Wir brauchen eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Hilfs- und Präventionsangeboten und ihrer Strukturen.

Ein symbolischer Kinderschutzgipfel der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder reicht nicht. Unter dem Druck der Öffentlichkeit sind die Kanzlerin und die Länderchefs in einen politischen Aktionismus verfallen, der nicht mehr als heiße Luft produziert und ein pauschales Misstrauen gegen Eltern anheizt.

Die Politik ist nicht danach zu beurteilen, was sie verspricht, sondern was sie bewirkt. Rot-Grün hat mit der Reformierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bereits einen Meilenstein gesetzt. An dieser Stelle brauchen wir keine weitere Reform der Reform – was wir brauchen sind endlich Taten.

Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe vor Ort! Die zuständigen Behörden und Akteure müssen in die Lage versetzt werden, mit den Hinweisen über Kindesvernachlässigung verantwortungsbewusst und koordiniert umzugehen. Sie müssen rechtzeitig und wirksam eingreifen können und die Intervention mit rechtzeitigen Hilfestellungen verknüpfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen zur Prävention von Vernachlässigung einen Maßnahmenmix vor. Die Ursachen der Vernachlässigung von Kindern sind oftmals komplexe Probleme, die die Familien haben. Und komplexe Probleme brauchen komplexe Antworten. Dabei liegt der Schlüssel zu einer erfolgreichen Strategie im Ausbau der Frühen Hilfen für Kinder und der umfassenden Vernetzung der zuständigen Berufsgruppen und ihrer Instrumentarien.

Um der Vernachlässigung von Kindern vorzubeugen, kommt es vor allem auf die Hilfsangebote

für Eltern an. Die angespannte Situation vieler Kommunen ist mitverantwortlich dafür, dass frühe Hilfen oftmals gar nicht angeboten werden. Hier müssen die Kommunen andere Prioritäten setzen. Ebenso können Kinderschutzinstrumente nur erfolgreich sein, wenn den zuständigen Stellen dafür ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. In den vergangenen Jahren haben viele Länder und Kommunen hier viel zu sehr gespart bzw. nicht realisiert, in welchem Maße die Aufgaben in der Jugendhilfe gewachsen sind. Alleine in den letzten vier Jahren ist das Beschäftigungsvolumen im Bereich der ambulanten Hilfen um 12,5% gesunken. Auch hierin findet sich eine Antwort darauf, warum die zurückliegenden Missstände in den Familien offensichtlich nicht früher erkannt werden konnten und entsprechend gehandelt wurde.

Kinderrechte klarstellen

Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern sind schwerste Kinderrechtsverletzungen. Kinder sind nicht Eigentum ihrer Eltern. Weil Kinder aber im Denken und Handeln oft noch als Objekte gesehen werden, fordern wir eine Klarstellung der Kinderrechte in der Verfassung.

Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Vernachlässigung, Ausbeutung und Gewalt.

Wenn die Rechte der Kinder in der Verfassung klargestellt sind, wird dies langfristig eine ausstrahlende Wirkung haben. Mit diesem Schritt wird die dringende, vorrangige Orientierung am Kindeswohl eine entscheidende Unterstützung erfahren.

Eltern stark machen

Während für Hilfen bei bereits problematischen Familienverhältnissen und Kindeswohlgefährdungen Summen im Milliardenbereich ausgegeben werden, ist der Bereich der Prävention unterfinanziert

Wir stellen fest, dass im Bereich der Prävention ein großer Ausbaubedarf besteht. Familien müssen in die Lage versetzt und darin unterstützt werden, Kinder kompetent zu erziehen und ihnen die bestmöglichen Startchancen zu geben.

Auf den Anfang kommt es an – Frühe Hilfen ausbauen

Ein ganzheitliches Konzept zur frühen Förderung und zum Kinderschutz muss das Ziel verfolgen, dass allen Kindern der Start ins Leben gelingt – denn Chancengleichheit wird bereits vor dem Kindergarten geschaffen – und eine Gefährdung des Kindeswohls von vornherein auszuschließen.

Deshalb müssen Hilfen für Familien kompetent, niedrigschwellig und nachhaltig ansetzen. Vor allem in der Zeit zwischen Geburt und Beginn der Kindertagesbetreuung (zumeist die Elternzeit) müssen die Angebote deutlich ausgebaut werden.

Frühe Hilfen können Risiken aufdecken, Entwicklungen von Anfang an günstig beeinflussen und somit möglichen Fehlentwicklungen oder gar Schädigungen von Kindern vorbeugen.

Dieser vorsorgende Ansatz richtet sich an alle Eltern. Es ist eine gesellschaftliche Verpflichtung, Eltern eine positive Begleitung bei der Erziehung ihrer Kinder anzubieten und nicht lediglich eine Identifizierung gefährdeter Familien vorzunehmen.

Zu den Frühen Hilfen gehören z.B. sozialpädagogische, medizinisch-therapeutische, psychologische Leistungen, frühkindliche Gesundheitsförderung, Eltern-Kind-Maßnahmen sowie die Ange-

bote der Kinder- und Jugendhilfe wie Kindertagesstätten und Tagespflegestellen, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung usw.. Integrierte Angebote können z.B. in gut ausgestatteten Eltern-Kind-Zentren stattfinden, notwendig ist aber auch der Ausbau von aufsuchenden Hilfen.

Kommunen, Länder und Bund haben eine gemeinsame Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und die Schaffung von Chancengleichheit von Anfang an. Ein Aktionsprogramm alleine wird dem nicht gerecht. Auch der Ausbau des Nationalen Zentrums „Frühe Hilfen“ ist dringend nötig.

Netzwerke um die Familien ausbauen

In vielen Orten sind in den vergangenen Jahren unterstützende Netze um die Familien herum entstanden. Viel stärker als bisher müssen in solchen Netzwerken die Berufsgruppen, die mit Kindern, Jugendlichen und Eltern zu tun haben, effizient zusammenarbeiten. An vielen anderen Orten müssen diese Netze dringend noch entstehen.

Die frühen und vernetzten Hilfen für Kinder wirken auch zum Schutz von Kindern und können frühzeitig Probleme sichtbar machen.

Hierbei sind die wichtigsten zu koordinierenden Akteure:

- die Gesundheitshilfe (der öffentliche Gesundheitsdienst, Kliniken, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Kinderkrankenschwestern, Hebammen bzw. Familienhebammen),
- die Freien Träger der Jugendhilfe als Maßnahmenträger wie auch als Träger von Beratungseinrichtungen (z.B. Schwangerenkonfliktberatung, Erziehungsberatung, Schuldnerberatung),
- die Schulen, Kindergärten und Tagespflegestellen,
- die Polizei und Ordnungsbehörden sowie
- die Familiengerichte.

Klar zugeordnete Zuständigkeiten sind in diesen Netzwerken ebenso unabdingbar wie transparente Kommunikations-, Kooperations- und Meldestrukturen. Die Federführung und die beständige Förderung muss durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe gewährleistet werden.

Wegen der frühen Kontakte zu den Eltern kommen den Hebammen, Gynäkologen, Kinderärzten und den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten eine besondere Rolle zu. Der Zugang zu den Eltern muss systematisch durch aufsuchende Hilfsformen bereits um die Geburt herum erreicht werden. Wir wollen, dass jeder Familie nach der Geburt eines Kindes bei einem Besuch die Angebote für Familien aufgezeigt werden.

Die Fachkräfte müssen den belasteten Familien sehr sensibel und qualifiziert die passenden Unterstützungsangebote zugänglich machen. Hierzu muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte das Thema Kindesvernachlässigung beinhalten. Das positiv evaluierte Konzept der Familienhebammen muss flächendeckend gefördert und eine Ausweitung der Hebammenleistungen über die regulären acht Wochen hinaus im Einzelfall möglich sein. Dazu braucht es neben der Honorarfinanzierung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst eine fundierte Qualifizierung, um auf die vielschichtigen Problemlagen angemessen reagieren zu können. Daher muss zunächst die Weiterbildung zur Familienhebamme bundesweit vereinheitlicht werden. In einem zweiten Schritt ist eine Ausbildung auf Hochschulniveau wie in anderen europäischen Ländern zu prüfen.

Wir fordern die Länder auf, Qualitätsstandards für einen wirksamen Kinderschutz und zum Auf-

bau von Kooperationsstrukturen (weiter) zu entwickeln. Auch die Forschung darf nicht vernachlässigt werden. Eine wissenschaftliche Evaluierung des vorhandenen Systems der frühen Hilfen ist unerlässlich.

Vorsorgeuntersuchungen sind kein Kinder-TÜV

Die viel diskutierten medizinischen Vorsorgeuntersuchungen sind eine wichtige Bedingung für ein gesundes Aufwachsen von Kindern. Sie sind eine gute Möglichkeit, gesundheitliche Störungen sowie motorische und psychische Entwicklungsdefizite frühzeitig zu identifizieren und darauf reagieren zu können. Die Untersuchungen liegen nicht nur im Interesse der Kinder, sondern auch der Eltern, denn sie sind primär für ihre Kinder verantwortlich und die Garanten für die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder. Mit der zusätzlichen Untersuchung für Kinder im Alter von 3 Jahren wird endlich die große Lücke zwischen den Untersuchungen geschlossen. Frequenz und Inhalte der Untersuchungen müssen zukünftig regelmäßig überprüft und im Hinblick auf die stärkere Berücksichtigung der physischen, psychischen und kognitiven Entwicklung der Kinder überarbeitet werden. In einigen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Berlin und Bremen werden Kinder mittlerweile durch den öffentlichen Gesundheitsdienst zu Vorsorgeuntersuchungen eingeladen. Das ist ein möglicher, richtiger Weg, um sicherzustellen, dass insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien Vorsorgeuntersuchungen stärker wahrnehmen.

Wir plädieren für die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung von Eingangsuntersuchungen zum Kindergarten und zur Schule. Den Eltern, die die anstehenden kinderärztlichen Untersuchungen ihrer Kinder vergessen, ist mit einer verlässlichen Erinnerung bzw. Einladung sicherlich geholfen. Den Eltern, die dieses Angebot jedoch aus anderen Gründen nicht wahrnehmen, muss die Bedeutung der Untersuchung verständlich gemacht werden.

(Frühkindliche) Bildung und Betreuung sind ein Baustein der Prävention

Bis 2013 soll es nun endlich ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot geben – vor allem für die unter Dreijährigen. Diese Ausbaubemühungen können sehr wohl präventiv wirken. Vorausgesetzt die Qualität bleibt nicht auf der Strecke.

Gerade belastete Familien brauchen eine verlässliche und beständige Betreuungs- und Hilfsinfrastruktur. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote besteht die große Chance, dass ihnen Hilfs- und Unterstützungsangebote zugänglicher werden. Eltern-Kind-Zentren können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Kindertagesstätten, die sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, wissen den Kontakt zu den vielen Eltern und Kindern zu nutzen. Dreh- und Angelpunkt sind Fachkräfte, die den Eltern als Ansprechpartner zu Verfügung stehen. Sie müssen dahingehend kompetent, erste Beratung und ggf. Hilfe selber initiieren können. Vor allem aber müssen sie an andere Stellen vermitteln bzw. auf bestehende Angebote hinweisen können. Neben ihrem frühkindlichen Bildungsauftrag machen Eltern-Kind-Zentren Angebote der Familienbildung und Elternberatung zugänglich. Sie müssen sich zu zentralen Knoten im Netz der frühen Hilfen entwickeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Kommunen und Bundesländer auf, die mit der Ausbaudynamik verbundenen Chancen zu nutzen und jetzt in die frühe Förderung von Kindern und die Unterstützung von Familien zu investieren. Frühkindliche- und Familienbildung haben einen Bedeutungszuwachs erfahren, dem endlich auch die nötigen Investitionen folgen müssen. Förderung der Erziehung in der Familie und Familienbildung müssen endlich gesetzlich verbindlich geregelt und die Kommunen in die Lage versetzt werden, diese Angebote auch in schwieriger Haushaltsslage vorzuhalten.

Nach wie vor besteht eine sehr heterogene, vielfach zersplitterte Angebotslandschaft. Die Vernetzung und Abstimmung der vielfältigen auf verschiedene Institutionen verteilten Angebote muss verbessert werden. Dabei müssen Problem- und Risikogruppen viel gezielter angesprochen werden. Primäre Prävention ist jedoch letztlich ein Recht für alle. Dadurch wird auch einer vorzeitigen Stigmatisierung von Hilfebedürftigen vorgebeugt.

Wenn wir Familien und Kinder angemessen fördern und stärken wollen, muss die Unterstützung auf zwei Säulen fußen: zum einen auf dem Ausbau des Infrastrukturbereichs und zum anderen brauchen Familien eine adäquate materielle Förderung.

Familiäre Überforderungssituationen, materielle Armut und Bildungsarmut stehen in einem direkten Zusammenhang, den es zu durchbrechen gilt. Anstatt die sozialen Biografien der Eltern über das Bildungssystem für die Kinder zu verfestigen, muss die Chancengerechtigkeit durch deutliche Investitionen auch in die frühkindliche Bildung und Erziehung verbessert werden.

Jedes Kind muss daher ab der Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz haben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive unter Beteiligung des Bundes, mit einem einheitlichen Qualitätssiegel für die Kinderbetreuung. Nur so können möglichst viele Kinder möglichst früh von guter Bildung profitieren. Nur so können Eltern früh Unterstützung erfahren.

Um das Wohl jedes Kindes zu sichern, brauchen wir einen Mix von Instrumenten:

- die verfassungsmäßige Verankerung von Kinderrechten,
- die strukturelle Unterstützung von Eltern vor Ort und
- eine gesamtgesellschaftliche Stimmung, die Eltern eine grundsätzlich akzeptierende und positive Wertschätzung entgegen bringt.